

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 60 (1966)
Heft: 9

Artikel: Weltrundschau : dritter Weltkrieg in Sicht? ; USA-China-Sowjetunion ; "Logiker der Apokalypse" ; Die "Gute Gesellschaft" ; Labourkapitalismus ; Deutsches Durcheinander
Autor: Kramer, Hugo
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-141173>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 11.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Der Anfang im September 1966

Im September sind die umfangreichen Vorbereitungen abzuschließen. Mit Vervielfältigungen gelangen wir an die Mitglieder verschiedener Friedensorganisationen. Für sie und weitere Kreise steht ein kleiner, aber gewinnender Prospekt zur Verfügung. Lesern der «Neuen Wege» sind wir dankbar, wenn sie uns Adressen schicken oder uns auf erhältliche Adreßlisten aufmerksam machen können. Im September erscheinen aber auch erstmals die monatlichen Mitteilungen «buch 2000 Information für morgen». Sie enthalten – neben einem Veranstaltungskalender der Friedensorganisationen – eine umfangreiche, wenn auch noch nicht vollständige Liste der Neuerscheinungen auf dem Gebiete der Friedensliteratur. Dabei bemühen wir uns, dieses Gebiet soweit als möglich zu erfassen; wir denken dabei auch an engagierte Belletristik, an Übersetzungen osteuropäischer, afrikanischer, asiatischer und südamerikanischer Geschichten, an Satiren und natürlich an politische Tagesfragen. «buch 2000 Information für morgen» enthält auch das «Buch des Monats», eine Empfehlung, für die wir uns eine besonders gute Aufnahme wünschen. Für den September fiel unsere Wahl auf das neue Polis-Büchlein des bekannten Berner Soziologen Urs Jäggi: «Vietnamkrieg und Schweizer Presse.» Daß wir daneben auch «Leonhard Ragaz in seinen Briefen» empfehlen, versteht sich von selbst. *Hansjörg Braunschweig, Dübendorf*

WELTRUNDSCHAU

Dritter Weltkrieg in Sicht? Langsam vielleicht, aber unheimlich sicher, nähert sich, nach einem Sommer des von düsteren Ahnungen erfüllten Mißbehagens, der *Vietnamkrieg* dem kritischen Punkt, an dem der planmäßig gesteigerte militärische Einsatz der Vereinigten Staaten einen atomaren Weltkrieg herbeizuführen droht. Droht – nicht herbeiführen *muß*! Es kann immer – und wird hoffentlich auch diesmal – anders herauskommen. Noch ist der Punkt, von dem aus es keine Umkehr mehr gibt, nicht erreicht. Aber gerade der Umstand, daß sich das Massenmorden und Massenverwüsten in Vietnam monate- und monatelang so entscheidungslos hinschleppt, birgt die schwere Gefahr in sich, daß unversehens Wendungen erfolgen und Entschlüsse gefaßt werden, die diesen angeblich mit begrenzten Zielen geführten Krieg den Händen der heute noch vermeintlich frei handelnden Politiker entgleiten lassen.

Die Amerikaner geben sich allerdings überzeugt, daß ihr Endsieg auch ohne eine katastrophale Ausweitung der Kriegshandlungen bereits gesichert sei. Und auch der Sonderberichterstatter, den die «Neue Zürcher Zeitung» nach Südvietnam geschickt hat, redet natürlich triumphierend von einer «entscheidenden Wendung des Kriegsgeschehens zugunsten der „Streitkräfte der freien Welt“». Der Vietcong, so höre man in Saigon, habe in der letzten Zeit

keinen einzigen Sieg errungen und beginne «ein nervöses, riskantes Draufgängertum zu zeigen». Er verliere beständig an Boden und werde immer mehr in die Gebiete des «fast unbewohnten Landesinnern» abgedrängt; und wenn man «die ausgehungerten und malariakranken Vietconggefangenen neben den kraftstrotzenden Amerikanern gesehen» habe, so komme man zu dem Schluß, daß der hochzivilisierte Militärtechniker dem kommunistischen Guerillakämpfer auch menschlich in jeder Beziehung überlegen sei.

Wenn man solche Berichte liest, fragt man sich nur, warum dann die «hochzivilisierten» Amerikaner trotz ihrer gewaltigen zahlenmäßigen, kriegstechnischen und finanziellen Überlegenheit mit den armseligen Vietcongrebellen immer noch nicht fertiggeworden sind. Sind die hoffnungsfrohen Berichte, die von Saigon in die Welt hinausgehen, überhaupt sehr zuverlässig? Die durchaus regierungstreue amerikanische Wochenschrift «Newsweek» (15. August) stellt immerhin fest, wie schwer es amerikanischen Presseleuten (und das gilt auch von ihren «neutralen» Satelliten) falle, auch nur die militärische Lage sachgemäß zu schildern. Sie erwähnt dabei unter anderem die Aussage des Kriegsberichterstatters der «New York Times», daß den Militärsprechern «mehr an Politik als an Tatsachen» gelegen sei, nämlich an der Wirkung der Pressedarstellungen auf die Washingtoner und die Saigoner Regierung und nicht an ihrer Genauigkeit. Auf jeden Fall kann von einem nahen Zusammenbruch des Widerstandes der Vietcongtruppen so wenig die Rede sein wie von einer Übergabebereitschaft der Regierung Nordvietnams. In den «Blättern für deutsche und internationale Politik» (Köln, Heft 7/1966) schreibt Walter Lewald mit Recht: «Wenn man den Gegner mit beschwörender Geste zu Friedensgesprächen einlädt, ihm aber für den Fall seiner Weigerung mit der Fortsetzung oder gar der Verschärfung der Luftangriffe droht, so kann dies, in derbes Deutsch übersetzt, nichts anderes heißen als: Willst du nicht mein Bruder sein, so schlag' ich dir den Schädel ein! Können Staatsmänner, die vom Ehrgefühl beseelt sind – solche gibt es auch in Ostasien! – auf solche Angebote anders als mit strikter Ablehnung reagieren?»

Tatsächlich rechnet man auch in Washington wie in Saigon mit einer noch ziemlich langen Dauer des Vietnamkrieges. Und zwar ohne Rücksicht auf Kosten und Verluste oder gar auf Sinn und Widersinn des Krieges. Wie Professor A. Kissinger, einer der Berater des Amerikanischen Sicherheitsrates, unlängst in einem Vortrag in Wien sagte: Es ist müßig, darüber zu reden, ob die Amerikaner zu Recht oder zu Unrecht in Vietnam sind, ob sie bisher dumm oder klug gehandelt haben, denn jetzt stehen sie eben dort – mit 400 000 Mann! Und drei amerikanische Präsidenten haben sich feierlich verpflichtet, Südvietnam zu helfen. Ein Rückzug kommt daher nicht in Frage und wäre außerdem verderblich. (Nach der Monatsschrift «Arbeit und Wirtschaft», herausgegeben vom österreichischen Gewerkschaftsbund, Heft 7/8). Für die USA-Regierung und besonders für Präsident Johnson ist offenkundig die Fortsetzung des Vietnamkrieges bis zum eindeutigen militärischen und politischen Zusammenbruch des kommunistischen Erzfeindes auch so etwas wie eine Ehrensache geworden – und daneben natürlich eine Vorbedingung

des Sieges seiner Partei bei den nächsten Wahlen. Menschenverluste spielen dabei um so weniger eine Rolle, als der gewaltsame Massentod in den Vereinigten Staaten eine alltägliche, kaum mehr ernstlich zur Kenntnis genommene Erscheinung ist, kommen doch dort jedes Jahre 12 000 Menschen auf den Autostraßen ums Leben, während alle fünf Minuten ein Mord geschieht, oft in «Serienproduktion» ...

USA-China-Sowjetunion Was aber können und wollen die Staats- und Militärführer der USA tun, um den Vietnamkrieg schnell und sicher zu gewinnen? Werden sie die entmilitarisierte Zone zwischen Nord- und Südvietnam besetzen lassen? Oder die Schutzdämme in Nordvietnam zerstören lassen und so ein paar Millionen «Kommunisten» sofort aus der Welt schaffen, den Rest aber dem Hungertod überantworten? Werden sie Befehl geben, die durch Laos führenden Versorgungslinien des Vietcong abzuschneiden oder gar den Landkrieg (mit Atomwaffen) nach Nordvietnam selbst hineinzutragen? Oder entschließt man sich in Washington doch noch zu dem schon so lang in Erwägung gezogenen atomaren Gewaltschlag gegen *China*? Das scheint Wahnwitz und Verbrechen; aber wozu sind die Amerikaner, die Hiroshima und Nagasaki auf dem Gewissen haben, nicht alles fähig, wenn es sie zweckmäßig dünkt? Ihr gegenwärtiger Schützling in Saigon, Marschall Ky, hat seinen Willen bekommen, als er den Luftkrieg gegen Nordvietnam forderte; wird er ihn nicht auch bekommen mit seinem Verlangen, das «Rote China» zu zerstören? Noch zögert man in Washington; man hofft immer noch, die Regierenden in Peking würden um jeden Preis – wie bisher – Geduld üben und alles vermeiden, was den Amerikanern Anlaß gäbe, die chinesische Wirtschaft und Volkskraft tödlich zu treffen. Aber kann nicht einmal auch den Chinesen die Geduld ausgehen? Und wenn es soweit käme, wären dann die Russen nicht einfach gezwungen, in den Krieg gegen Amerika einzugreifen, wenn sie nicht für alle Zeiten ebenfalls vor den unterentwickelten Völkern als Feiglinge und Verräter dastehen wollen?*

Gewiß, in Moskau glaubt man fest an die Notwendigkeit der friedlichen Koexistenz mit dem amerikanischen Kapitalismus und Imperialismus. Man empfindet den Vietnamkrieg eher als ärgerliche Störung dieses Zusammenlebens und trachtet in erster Linie (wie man schon gesagt hat) nach «bes-

* Die jüngsten Ausschreitungen der «Jungen Garde» gegen Ausländer, sowjetische und westliche Kommunisten, Christen usw., sind gewiß eine Schande für China. Da sie aber offenbar von den Regierungs- und Parteibehörden nicht nur geduldet, sondern auch angestiftet wurden (bis ein verspäteter amtlicher Ordnungsruf von «oben» kam), muß man sie wohl als Versuch werten, den Tatendrang der Massen von der Außenpolitik auf die «fremden Teufel» und die eigenen «bourgeoisien Elemente» abzulenken und gleichzeitig das Volk doch auf einen Krieg mit den Vereinigten Staaten vorzubereiten und seelisch zu stählen. Ähnliches gilt von der ganzen «proletarischen Kulturrevolution», die seit Monaten in China im Gang ist und auf Wachhaltung des sozialistisch-nationalen Einheitsbewußtseins für den Fall äußerer Verwicklungen und innerer Umstellungen (Rückzug Maos aus der Partei- und Staatsführung) abzielt.

seren Ernten, Fiat-Wagen und überhaupt innerem Wiederaufbau». Und in Washington zählt man denn auch nicht ohne Grund auf diesen unbedingten Friedenswillen der Sowjetunion, die den Kalten Krieg längst verloren habe. Präsident Johnson hat erst letzthin wieder im Zusammenhang mit der Frage der Nichtweitergabe von Kernwaffen an Staaten ohne Atombomben gesagt: «Wir bemühen uns in Südostasien um eine Ordnung und Sicherheit, die zum Weltfrieden beitragen würden, und daran hat die Sowjetunion ein sehr großes Interesse.» (Rede in Idaho Falls, 26. August.) Wird aber die Sowjetmacht wirklich ewig stillsitzen und sich auf bloße Waffen- und Materiallieferungen für Nordvietnam beschränken, einerlei welcher weiteren Verlauf die amerikanische Kriegsanstrengung auch nehmen mag? Wird man in Moskau nicht mindestens versuchen, durch einen Vorstoß in Westeuropa, etwa durch neuen Druck auf Westberlin, die Vereinigten Staaten an der Verschiebung von Streitkräften nach Vietnam zu hindern? Glaubt man nicht, daß auch in der Sowjetführung die «Harten» einmal obenaufschwngen und mit der Koexistenzpolitik brechen könnten? Kurz, die Luft in und um Vietnam ist derart mit Spannung geladen, daß eine – vielleicht nicht einmal gewollte – jähe *Entladung* in Gestalt eines Zusammenstoßes zwischen Amerika und China-Rußland alles andere als ausgeschlossen erscheint. Und was wird dann unser aller Schicksal sein? Es ist gut, daß wenigstens zwei der führenden Staatsmänner der Welt in aller Öffentlichkeit diese Fragen stellen. Präsident *de Gaulle* hat in der Hauptstadt Kambodschas gerade während ich schreibe einen bewegenden, feierlichen Anruf an die amerikanische Regierung erlassen, ihre Truppen aus Vietnam zurückzuziehen und dadurch zu vermeiden, daß aus dem Vietnamkrieg ein Weltkrieg werde; wie die anderen Länder Indochinas, müsse auch Vietnam über sein Schicksal selber entscheiden. Und *U Thant*, der Generalsekretär der Vereinten Nationen, hat tatsächlich in die gleiche Kerbe gehauen, als er fast im selben Augenblick erklärte, er könne nicht mehr länger an der Spitze einer Weltorganisation stehen, die – das sagte er zwar nicht wörtlich so, aber der Sinn war es ganz unmißverständlich – durch die Haltung der Vereinigten Staaten zur Ohnmacht verurteilt sei, vor allem durch den amerikanischen Vietnamkrieg und die Weigerung der Washingtoner Regierung, das neue China den ihm zustehenden Sitz im Sicherheitsrat der UNO einnehmen zu lassen. Die ärgerliche Verlegenheit, in die durch diese beiden Erklärungen die USA-Regierung geraten ist, kommt nur zu deutlich in dem Widerhall zum Ausdruck, den sie nicht nur in Washington, sondern auch in der übrigen «freien Welt» erweckt haben, auch in der Presse und im Radio der deutschen Schweiz. Daß sich die Regierung Johnson mit ihrer halsstarrigen Verbissenheit in den Ostasienkrieg moralisch nur immer stärker ins Unrecht setzt, ist klar; aber was ändert das daran, daß anscheinend keine menschliche Macht imstand ist, ihr noch rechtzeitig in den Arm zu fallen? Es ist bedrückend.

«Logiker der Apokalypse» Mittlerweile sehen sich die Amerikaner in Vietnam *von innen her* Schwierigkeiten gegenüber, mit denen sie so wenig fertig werden wie mit ihrer selbst-

gewählten militärischen Aufgabe. Die Anwesenheit der USA-Armee in dem Land, das sie angeblich vor dem Zugriff der «roten Barbaren» retten will, hat das Leben und die Wirtschaft der Bevölkerung auf eine gänzlich falsche, ungesunde Bahn gebracht. «In den Städten», so berichtet Dieter Ineichen in der «National-Zeitung» (Nr. 313), «jagen mehr als 300 000 amerikanische Soldaten und Zivilisten – die bunten Hemden wehend über den Hosen tragend und die rastlose Langeweile des Urlaubers nur schlecht verbergend – nach einer Gelegenheit, das reichliche Taschengeld loszuwerden. Die Amerikaner bringen zudem reiche Hilfsprogramme und riesige militärische und zivile Bauvorhaben ins Land. Ganze 3 Milliarden Franken spendeten sie in den vergangenen zwölf Monaten, nur um Südvietnams Wirtschaft über Wasser zu halten und zu fördern. Und ein Kombinat von vier amerikanischen Firmen, das in Vietnam militärische Stützpunkte, Flugplätze, Meerhäfen und Straßen errichtet, verbaut für sich allein Tag für Tag mehr als 6 Millionen Franken.

So liegt heute in Vietnam der Dollar auf der Straße, und man braucht sich bloß zu bücken, um ihn aufzuheben. „In all den Jahren, die ich nun in Saigon bin“, rühmte ein Schweizer Handelsmann, „habe ich noch nie so gute Geschäfte gemacht wie jetzt.“ Zehntausende und aber Zehntausende der Vietnamesen, die bisher in einem ganzen Jahr durchschnittlich kaum 400 Franken verdienen konnten, stürzen sich denn auch wie im Rausch auf die einzigartige Gelegenheit, schnell «reich» zu werden. . . Der am raschesten sich verbreitende Beruf in Saigon ist bestimmt derjenige, welcher etwas euphemisch mit ‚Barmädchen‘ umschrieben wird, und die am raschesten aufschießende Industrie ist jene der Bars, Kabaretts und anderen Unternehmen, die sich damit verknüpfen.»

Dabei ruiniert, wie Ineichen unterstreicht, diese allgemeine Jagd nach Geld und Genuß die südvietnamische Wirtschaft mehr und mehr. Es fehle besonders an männlichen Arbeitskräften in den Städten; die Bauern aber seien aus den Reisfeldern und Gummiplantagen ausgezogen, um sich vor den amerikanischen Bomben und dem Gegendruck des Vietcong in Sicherheit zu bringen. Gleichzeitig wachse die *Teuerung* in fast unglaublich schnellem Tempo; in einem halben Jahr sei der Reis dreimal und die Holzkohle viermal teurer geworden. «Je mehr Truppen und Hilfe die Vereinigten Staaten in das Land hineinpumpen, um das Saigoner Regime militärisch zu retten, desto mehr laufen sie Gefahr, es wirtschaftlich zu unterhöhlen.»

Die Wirkung der Amerikanisierung Südvietnams auf die *politische Moral* des Volkes ist auch nach Ineichen eindeutig. «Je länger der Krieg und die amerikanische Präsenz in Vietnam dauern, desto mehr gehen so die Vereinigten Staaten der Gefahr entgegen, daß das gesamte vietnamische Volk sich gegen sie erhebt. „Was bleibt da im Regierungslager noch übrig, wofür ein Nationalist kämpfen könnte?“ rief ein angesehener Vietname aus.» Die Wahlen, die Marschall Ky vorbereitet, können unter diesen Umständen, mitsamt dem zugehörigen amerikanischen Propagandagerede von politischer Freiheit und nationaler Selbstbestimmung, nur eine zynische Komödie werden. John K. Gailbraith, der wohlbekannte amerikanische Volkswirtschaftler und frühere

USA-Botschafter in Indien, sagt es offen heraus: «Eine Regierung (in Süd-vietnam), die dem Interesse der Bevölkerung entspricht, wird deren Miß-trauen gegen Fremde, ihr Ringen um nationale Identität, ihre schreckliche Kriegsmüdigkeit teilen. Sie wird nicht kämpfen. Eine Regierung, die mit uns zusammenarbeitet und den Krieg ausficht, wird nicht die Unterstützung der Bevölkerung haben.» Gerade eine solche Regierung aber will Präsident Johnson haben. Und wenn er seinen Krieg gewonnen hätte, würde er erst recht keine von den Vereinigten Staaten unabhängige Regierung in Süd-vietnam dulden. Was für einen Sinn hat dann aber der ganze Vietnamkrieg noch für Amerika?

Von Dauer würden die *Früchte eines amerikanischen Sieges* ohnehin nicht sein. Im «Nouvel Observateur» (20. Juli) schließt Jean Lacouture, einer der besten französischen Kenner Indochinas, die Möglichkeit nicht aus, daß der Vietnamkrieg innert 18 Monaten einfach erlischt – aus Erschöpfung der Guerillakämpfer, die sich in die Wälder, Berge und Reisfelder zurückziehen müßten. Aber, so nimmt er an, sie werden dann eben nur vier oder fünf Jahre warten, um den Widerstand aufs neue aufzunehmen, namentlich wenn die Amerikaner irgendwo anders, etwa in Brasilien oder Bolivien, zur Rettung der Freiheit militärisch eingreifen müßten. «Das wäre schrecklich... Denn in diesem Fall wäre die amerikanische Regierung zu dauerndem Eingreifen verurteilt. Sie wäre die Gefangene des Fliegerlagers des Strategischen Luftkommandos. Wenn sie sich in dieses Räderwerk hineinzerren läßt, wird sie nicht mehr zurückkönnen: sie muß dann überall eingreifen, wo die Flieger den Beweis erbracht haben, daß Schreckensbombardierungen eine Revolution niederwerfen können. In diesem Augenblick wären die Vereinigten Staaten die Beute der verrücktesten Logiker..., der Logiker der Apokalypse, könnte man sagen. Ein Mann wie Seymington zum Beispiel, der Führer der Fliegerpartei im Senat, ist ein sehr ernsthafter, sehr gescheiter und sogar sehr gesetzter Mensch. Er schlägt eine recht einfache Lösung vor: die strategische Luftwaffe Amerikas ist, wie er glaubt, imstand, alle Probleme der Welt zu lösen, und sie muß das auch beweisen. Wenn es soweit ist – und noch einmal: es ist nicht ausgeschlossen, daß es dahin kommt –, ist das amerikanische Weltall dasjenige der technischen Phantasieromane.»

Ist es der Ausblick auf ein solches apokalyptisches Zeitalter, der die Gegner der Vietnampolitik Johnsons und McNamaras in den Vereinigten Staaten so entmutigt und gelähmt hat? «Seit zwei Monaten», so stellt Lacouture fest, «kann man annehmen, daß die Regierung der Vereinigten Staaten ein durchgebranntes Pferd reitet und in eine Zeit der verrücktesten Kriegssteigerung geraten ist. Bevor ich nach Frankreich zurückgekehrt bin, habe ich nicht nur zahlreiche Fühlungen auf den Universitäten gehabt, sondern auch eine Rundreise bei den Politikern und den Liberalen gemacht, die so ziemlich überall etliches Gewicht haben. Die ganze amerikanische Intelligenz steht in äußerst lebhaftem Gegensatz zum Krieg. Ich sage zwar nicht: alle Universitäten, nicht einmal gewisse Universitäten als ganze. Ich habe eine Anzahl Vorträge gehalten und an zahlreichen Aussprachen teilgenommen, und ich kann sagen, daß auch in Harvard, beispielsweise, ein gutes Drittel des Lehr-

körpers die Regierungspolitik unterstützt. Aber eine Mehrheit ist unruhig und eine starke Minderheit *gegen* diese Politik. Wenn man jedoch die Runde bei den Intellektuellen und den Oppositionspolitikern gemacht hat, stellt man eine tiefe Enttäuschung und den Eindruck fest, daß jedes Ankämpfen gegen die amerikanische Staatsgewalt nutzlos ist... All diese Männer haben Gefährdungen auf sich genommen, die man aus der Ferne unterschätzt. Sie haben sich in verdienstvoller und begrüßenswerter Art festgelegt. Heute sind sie aber entmutigt; es scheint ihnen, daß es auf sie nicht mehr ankommt.»

Ich führe diese Feststellungen eines erfahrenen, nüchternen Beobachters an, um den Ernst der Lage in den Vereinigten Staaten zu betonen. Alle Regungen des Gewissens, alle vernünftigen Erwägungen über Recht und Sinn des amerikanischen Vietnamkrieges werden in der sogenannten öffentlichen Meinung – die von den herrschenden Mächten gelenkt wird – übertönt durch die *Kommunistenangst* und den *Kommunistenhaß*. Auf diesem Klavier spielt Johnson meisterhaft. «Wir werden es den Kommunisten in aller Welt schon zeigen, daß sie so nicht mehr weiterkommen. In Vietnam muß ihnen bewiesen werden, daß es mit ihren Welteroberungsplänen ein für allemal aus ist. Alle unterentwickelten Völker müssen wissen, daß sie weder von den Russen noch von den Chinesen etwas zu erwarten haben. Ihr Heil liegt einzig bei uns. Und *wir* werden sie bestimmt nicht im Stiche lassen, komme, was da wolle!» Das hämmert Präsident Johnson – etwas anders gefaßt – dem Volk der Vereinigten Staaten andauernd ein. Dabei ist das amerikanische Publikum von einer erstaunlichen Unwissenheit über Vietnam. Malcolm Browne, der seit fünf Jahren über Vietnam als Presse- und Radiojournalist berichtet, klagt (nach «Newsweek», 15. August), daß all seine und seiner Kollegen Aufklärungsbemühungen wenig Erfolg gehabt hätten. Bei einer Meinungsumfrage durch die Universität Stanford zum Beispiel habe sich gezeigt, daß sieben von zehn Amerikanern nicht gewußt hätten, daß die Vietcongleute *südvietnamische* Kommunisten sind. Acht von zehn aber hätten wenigstens gewußt, daß der Vietcong der Feind ist... So ungefähr denkt der Durchschnittsamerikaner, dem besonders das Grauen vor einem gottlosen und barbarischen Rotchina durch tausend Kanäle jeden Tag eingeflößt wird. Nur wenige Amerikaner scheinen zu merken, daß, wie Lacouture zutreffend schreibt, der Ausrottungskrieg gegen die Vietnamer das beste Mittel ist, um «die einzig mögliche Kraft des Widerstands gegen die Ausdehnung der chinesischen Herrschaft über ganz Südostasien zu vernichten. Auch wenn ganz Vietnam kommunistisch würde, so wäre es tatsächlich nicht China... Wenn auf lange Sicht *ein* friedliches Hindernis gegen die chinesische ‚Flutwelle‘ nach Süden hin aufgerichtet werden muß, so ist es die vietnamische Nation, die dieses Hindernis darstellen kann, nicht die Divisionen der amerikanischen Marinefüsilieri und die Flieger des Strategischen Luftkommandos». Johnson merkt das jedenfalls nicht, und er weiß, daß er mit seiner Politik dauernder Steigerung des Kriegseinsatzes in Vietnam die Mehrheit der amerikanischen Bevölkerung und darum auch der Politiker hinter sich hat, die um ihre Wiederwahl bangen.

Die «Gute Gesellschaft» Zu den kräftigsten Stützen des Vietnamkrieges gehören in den Vereinigten Staaten die *Gewerkschaften* oder doch ihre Dachorganisation, der Gewerkschaftsbund (AFL-CIO). Und doch hat der letzte Bundeskongreß unter anderem eine EntschlieÙung angenommen, die wenigstens innenpolitisch recht antikapitalistische, ja klassenkämpferische Töne anschlägt. Sie weist energisch darauf hin, daß die amerikanische Wirtschaft noch weit davon entfernt sei, der Arbeiterschaft Vollbeschäftigung zu sichern. Sieben Prozent aller Arbeitskräfte seien beschäftigungs- und verdienstlos, von den Jugendlichen sogar zwölf Prozent. Außerdem müÙten 20 bis 25 Prozent der Gesamtbevölkerung in offenkundiger Armut leben. In geradezu marxistischen Gedankengängen befangen, stellen die Verfasser der EntschlieÙung fest:

«Die Fortschritte unserer Wirtschaftspolitik in den letzten Jahren haben das Grundübel, das fehlende Gleichgewicht zwischen ständig wachsender Produktionskapazität und der hinterher hinkenden, nicht im gleichen Maße wachsenden Kaufkraft der Verbraucher, nicht beseitigen können. Von 1956 bis 1964 ist der Reallohn aller Beschäftigten in der privaten Wirtschaft um etwa 2,3 Prozent jährlich gewachsen und damit beträchtlich hinter dem Produktivitätszuwachs in der Privatwirtschaft von etwa 3,3 Prozent zurückgeblieben. Dieses Nachhinken hat sich auch 1965 fortgesetzt. Es ist sehr schwierig, die Vollbeschäftigung zu erreichen, und unmöglich, sie auf längere Zeit zu sichern, wenn die Kaufkraft der Löhne und Gehälter nicht im gleichen Maße wie die Produktivität und die Produktion steigt.»

Da fehlt nur noch die Schlußfolgerung, daß auf dem Boden der kapitalistischen Wirtschaft das Grundübel auch der amerikanischen Industriegesellschaft auf die Länge überhaupt nicht ausgemerzt werden kann. Darum gibt sich der Gewerkschaftsbund auch einer Täuschung hin, wenn er weiterhin «positive und mutige Maßnahmen» fordert, «um sich jenen radikalen Veränderungen anzupassen, die in unserer Gesellschaftsordnung vor sich gehen», besonders auch die Bereitstellung viel größerer öffentlicher Mittel für die Bekämpfung der Wohnungsnot, der schlechten gesundheitlichen Verhältnisse, des Mangels an Schulen, Krankenhäusern usw. *Dafür* hat die amerikanische «Wohlstandsgesellschaft» eben keine Mittel, erst recht nicht, wenn Milliarden und aber Milliarden Dollar Monat für Monat in den Vietnamkrieg gesteckt werden. Kein Wunder darum, daß von Präsident Johnsons «Krieg gegen die Armut» fast keine Rede mehr ist, so wenig wie von der famosen «Allianz für den Fortschritt» in Lateinamerika, die noch Kennedy begründet hat, deren Ideale aber unerreichbar sind, solange zwischen Guatemala und Argentinien überall die wirtschaftliche und politische Macht in den Händen der von den Vereinigten Staaten gestützten Herrenklasse liegt.

Die Anzeichen mehren sich immerhin, daß – noch abgesehen von der Negerbevölkerung – auch die organisierten Arbeiter Nordamerikas den *Zusammenhang zwischen Kapitalismus und sozialer Not* allmählich besser erkennen lernen und sich von der Propaganda für die «freie Wirtschaft» nicht abhalten lassen, um ihre Menschenrechte zu *kämpfen*. Eines dieser Anzeichen ist der Streik der Flugzeugmechaniker, der sechs Wochen lang die

Titelseiten der Zeitungen beherrscht und die luftreisende Oberschicht besonders schwer betroffen hat. Wie bei den meisten anderen Gewerkschaften, so hat auch bei den Flugzeugmechanikern die zunehmende Geldentwertung seit etwa drei Jahren alle Lohnerhöhungen weggefressen, während die Gewinne der Gesellschaften Rekordhöhen erklommen haben. Die Flugzeugmechaniker haben schließlich in der Hauptsache gewonnen, aber Präsident Johnson, der in den Streik eingreifen mußte, sah sich in einer schwierigen Lage. «Er wagt die Arbeiter nicht stärker als bisher vor den Kopf zu stoßen», schreibt Andrew Kopkind dem Londoner «New Statesman» (19. August). «Sein Parlament hat bis jetzt keine einzige wichtigere Gesetzesvorlage angenommen, die die Arbeiterschaft begünstigt. Hingegen steht die Regierung fest auf der Seite der Geschäftswelt – mehr als jemals seit Herbert Hoover ... Die ‚Gute Gesellschaft‘ ist gut für die Kapitalisten ...* Wenn Johnson nicht (gegen die Inflation) eingreift, wird er wahrscheinlich erleben, daß es der Wirtschaft schlechter und nicht besser geht. Im nächsten Jahr werden für mehr als zwei Millionen Arbeiter Verhandlungen über neue Verträge geführt werden, vielfach in hochproduktiven Industrien. Diese Arbeiter werden auf die Gefühle des Präsidenten kaum mehr Rücksicht nehmen als die Flugzeugmechaniker. Und ihre Unhöflichkeit könnte sie zu mehr als nur wirtschaftlichen Forderungen veranlassen. Verschiedene ihrer örtlichen Gewerkschaftssektionen haben bereits nach einer dritten Partei gerufen, die die Arbeiterinteressen vertreten solle. Bisher hat das noch niemand Landesverrat geheißen.»

Labourkapitalismus Daß Präsident Johnson und seine Leute, als Geschäftsführer der organisierten Geldmächte, sich der Täuschung hingeben, dauernden Wohlstand, krisenfreie Wirtschaft und soziale Gerechtigkeit im Rahmen der kapitalistischen Besitzordnung erreichen zu können, ist leicht zu begreifen. Schon weniger, daß das auch die amerikanischen Arbeiter glauben, von denen eben die meisten immer noch meinen, sie hätten den Marschallstab im Tornister, will sagen, ein jeder habe die Aussicht, einmal Generaldirektor «seiner» Gesellschaft zu werden. Schwer zu begreifen bleibt aber, daß die *britische Labourregierung*, mit dem «Sozialisten» Wilson an der Spitze, im Ernst annimmt, sie könne die tiefe Wirt-

* Um einen Begriff vom Einkommen der Mitglieder der amerikanischen Oberschicht zu geben, seien hier ein paar Zahlen aus einer Studie über die Gehälter der Spitzenbeamten wichtigster Wirtschaftszweige der USA wiedergegeben, die «Newsweek» (20. Juni 1966) veröffentlicht. Die Gehälter schwanken natürlich je nach den einzelnen Industrien und nach der Größe der Gesellschaften. An Barbesoldungen – also ohne freien Aktienbezug und andere Vergünstigungen – wurden dementsprechend im Jahr 1965 unter anderem in folgenden Wirtschaftszweigen ausbezahlt: Drogen und Schönheitsmittel 75 000 bis 274 000 Dollar, Verbrauchsgüter 90 000 bis 266 000 Dollar, Stahl und Eisen 72 000 bis 249 000 Dollar, Chemikalien 63 000 bis 228 000 Dollar, Erdöl 87 000 bis 189 000 Dollar, Flugzeuge und Raketen 87 000 bis 177 000 Dollar, Luftverkehr 87 000 bis 126 000 Dollar. In Schweizer Währung ausgedrückt, verdiente also beispielsweise ein «Präsident» (Generaldirektor) der kürzlich bestreikten Fluggesellschaften, je nach der Finanzkraft des Unternehmens, 374 000 bis 541 000 Franken im Jahr.

schafts- und Finanzkrise, in der Großbritannien steckt, mit den «bewährten» kapitalistischen Heilmitteln überwinden. Und doch steht dieser ihr Glaube hinter dem Spar- und Deflationsprogramm, das sie im Parlament durchgedrückt hat und das jetzt in der Ausführung begriffen ist. Es umfaßt den Verzicht auf Erhöhung von Löhnen, Preisen und Gewinnen, Einschränkung aller «unnötigen» sozialen und militärischen Ausgaben und Kapitalanlagen, Herabsetzung der Beträge an Devisen für Auslandsreisen usw., also die klassischen Eingriffe kapitalistischer Wirtschaftspraktiker in den Produktions- und Verbrauchsmechanismus.

Die Wirtschaftskrise selber hat die Labourregierung von ihrer konservativen Vorgängerin «geerbt». Aber sie läßt nicht viel davon spüren, daß sie eine eigene, eine *sozialistische* Auffassung von den Mitteln zu ihrer Überwindung hat. «Sie will», so bemerkt bitter der Labourabgeordnete Zilliacus in der Hamburger «Anderen Zeitung» (Nummer 33), «die Krise auf gleiche Art meistern, wie es die Konservativen in der Vergangenheit getan haben, nur mit dem Unterschied, daß die Regierung Wilson, weil sie eine Labourregierung ist und sich auf die Gewerkschaftsbewegung stützt, es leichter als die Konservativen hat, die Arbeiter zur Übernahme ungerechter und unnötiger Lasten zu überreden.»

Schon möglich, daß dank dem Opferwillen und der «Vernünftigkeit» des britischen Arbeiters die schlimmsten Krankheiterscheinungen am Wirtschaftskörper gemildert werden und bis Ende 1967 wieder ein Überschuß der Einnahmen über die Ausgaben in der Zahlungsbilanz des Landes erzielt wird. Aber damit wird im Grund, das heißt an den wurzelhaften Ursachen der Zerrüttung von Englands Volkswirtschaft, nicht viel geändert sein. Denn die wirklichen Herren Großbritanniens sind ja die Bank- und Finanzkönige in New York, Paris, Brüssel, Basel, Zürich und London selbst, die schon einmal dem kranken englischen Pfund unter die Arme gegriffen haben und auf die Wilson auch jetzt angewiesen zu sein glaubt, die aber streng darüber wachen werden, daß die Labourpolitiker nicht etwa «sozialistische Experimente» machen. Sie sähen am liebsten wieder eine konservative Mannschaft am Ruder, müssen sich aber vorderhand damit abfinden, daß jetzt eben im Unterhaus eine solide Labourmehrheit sitzt.

So beschränkt sich Wilson gern oder ungern auf die Rolle des Arztes am Krankenbett des Kapitalismus; das heißt, er bemüht sich, die kapitalistisch betriebene Wirtschaft leistungsfähiger zu machen, statt auf ihren Umbau zu einer sozialistischen Wirtschaft auszugehen. Gleichzeitig müßte freilich auch die imperialistische *Großmachtpolitik* Englands mit ihren drückenden Militärlasten – besonders in den Ländern «östlich von Suez» – aufgegeben und eine britische Außenpolitik eingeleitet werden, die sich von der amerikanischen Vormundschaft, also auch von der schmachvollen Unterstützung des Vietnamkrieges durch die Labourregierung, frei machen würde. Der britische Wehrmachtminister Healey hat zwar einmal gesagt, die Übernahme der Verantwortung für eine von den Vereinigten Staaten beherrschte britische Weltpolitik sei das gleiche gewesen, wie wenn ein Mann in den Führerstand eines fahrenden Zuges gestoßen worden wäre. Aber ist es nicht doch höchste

Zeit geworden, die Notbremse zu ziehen und aus einem Zug auszusteigen, der in Dunkel und Nacht hinausrast, wenn er nicht gar zu entgleisen und ins Leere zu stürzen droht? Die Linke der Labourpartei sieht die Gefahren von Wilsons Kurs gut genug. Nur wagt sie eben nicht offen zu rebellieren, weil sie nach dem Sturz der Labourregierung nur wieder eine konservative Regierung kommen sieht. Aber wäre eine Wiederkehr der Konservativen nicht einer Labourregierung vorzuziehen, die sich mit einer konservativ-kapitalistischen Politik selbst entmannt und dadurch unfähig macht, England jemals auf den Weg einer sozialistischen Neugestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft zu führen? Was hilft es der Labourpartei, an der Macht zu sein, wenn sie dabei ihre Seele verliert?

Deutsches Durcheinander Die *Bundesrepublik* Deutschland bietet in diesen Wochen politisch wieder einen kläglichen Anblick. Alle sind gegen alle. Maßgebende Männer in der obersten Heeresleitung sind plötzlich entlassen worden. Ministerstühle wackeln. Ränke und Verschwörungen hinten und vorn. Kurz, es ist ein Reich, das mit sich selber uneins ist und keinen Bestand haben kann.

Schon der für die weder christliche noch demokratische Regierungspartei unglückliche Ausgang der Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen hatte eine Welle von Mißmut und Unzufriedenheit innerhalb der herrschenden Kreise ausgelöst und besonders den Sozialdemokraten, die um die Ministerpräsidentschaft im volkreichsten Bundesland geprellt wurden, willkommenen Stoff zur Stimmungsmache gegen Erhard und seine Mannschaft geliefert. Der Kanzler verbat sich das Treiben barsch und weigerte sich entschieden, an Rücktritt auch nur zu denken; und da tatsächlich noch kein annehmbarer Nachfolger für ihn in der Kulisse stand – Strauß spart sich für einen günstigeren Augenblick auf –, so hatte er erst recht keinen Grund, von der Bühne abzutreten.

Inzwischen kam aber ein schon lang herangereiftes Zerwürfnis innerhalb der Bundeswehrführung zum offenen Ausbruch. Der Luftwaffenchef Panitzki sah sich gezwungen, seinen Rücktritt zu nehmen, und der Oberkommandierende der Wehrmacht, «Generalinspekteur» Trettner, folgte ihm – wenn auch «aus anderen Gründen» – sofort nach. Beide Generäle wurden auf der Stelle durch gefügigere Offiziere ersetzt; aber daß die Krise damit überwunden sei, wagt niemand zu behaupten, und vor allem die Sozialdemokraten hackten nun erst recht rücksichtslos auf die Regierung Erhard ein, die samt den hinter ihr stehenden Parteien innerlich zerfallen sei und zwischen Nichtstun und Scheingeschäftigkeit hilflos hin- und herschwanke. Dabei haben gerade sie wenig Grund, in dem trüben Wasser zu fischen, das sie selber zu verschlammten wacker mitgeholfen haben. Es handelt sich ja um die Folgen der Anschaffung jener *Militärflugzeuge* vom Typ Starfighter, von denen in verhältnismäßig kurzer Zeit mehr als sechzig abgestürzt sind. Die Bundeswehr mit Starfighters auszurüsten, so gestand jetzt General Panitzki umverblümt ein, sei «ein politischer Entschluß» gewesen, ein Entschluß, für den – wie der Mann freilich nicht sagte – vor allem der dama-

lige Wehrminister Franz Josef Strauß verantwortlich war. Dahinter stand sein Plan, Westdeutschland eine Atomstreitmacht zu geben, für deren Aufstellung er die Vereinigten Staaten dadurch zu gewinnen hoffte, daß er die Verwendbarkeit der Starfighters für den Abwurf in Amerika hergestellter Atombomben durchsetzte. Die Sozialdemokratie tat – um das Mindeste zu sagen – nichts, um diesen Plan zu vereiteln oder auch nur aufzudecken, sucht jetzt aber um so mehr aus dem damaligen Fehlentscheid Kapital zu schlagen. Auch die zurückgetretenen Generäle haben zu spät die Sprache gefunden. «Weder Panitzkis Vorgänger Kammhuber», so gibt die «Neue Politik» (Hamburg) zu bedenken, «noch er selbst durften einer von Franz Strauß bestimmten Verteidigungsplanung zustimmen, welche im Ernstfall die Vernichtung der Bundesrepublik und ihrer Bevölkerung, vielleicht innerhalb sogar nur weniger Stunden zur Folge haben mußte. Es hieß, daß diese Konzeption ja nur der Abschreckung, das heißt der Verhinderung des Ernstfalles diene. Aber das ist keine Basis, auf der ein Soldat stehen kann, der die Heimat verteidigen soll. Das ist ein Hasardspiel, für dessen abgrundtiefe Gewissenlosigkeit keine rechten Worte gefunden werden können. Das Dasein des Soldaten ist nur dann sinnvoll, wenn er sein Volk schützt.»

Im Grund handelt es sich freilich nicht nur um die Starfighter-Angelegenheit; dahinter steht ja die ganze widersinnige und verderbendrohende Militärpolitik der deutschen Bundesrepublik. Und die greift auch die sozialdemokratische «Opposition» nicht an. Der ganze Lärm um die Flugzeuggeschichte bleibt Theaterdonner, wenn er nicht dazu führt oder beiträgt, daß die westdeutsche Ost- und Rüstungspolitik selbst preisgegeben wird. (Ähnliches gilt natürlich auch von unserer schweizerischen Rüstungspolitik; aber weder der «Mirage»-Skandal noch die unverdrossen irrsinnige Steigerung der allgemeinen Kriegsrüstungen hat Anlaß zu einer grundsätzlichen Abkehr von der Politik der «bewaffneten Neutralität» gegeben, so daß man jetzt fröhlich nur eine «neue Konzeption der Landesverteidigung» entwickelt, die an den Grundlagen der *alten* «Konzeption» nichts ändert.)

Zu der verfehlten westdeutschen Ostpolitik gehört im besonderen auch das böartig-dumme Beharren auf einer solchen Wiedervereinigung der beiden deutschen Teilstaaten, daß die DDR einfach in der Bundesrepublik aufginge und das neue Gesamtdeutschland mit den Westmächten im Rücken zum drittenmal «so oder so» zum *Kampf mit Osteuropa* antreten könnte. Wie wenig man in der Bundesrepublik daran denkt, eine Abkehr von diesem Weg einzuleiten, der längst offenkundig in eine Sackgasse geführt hat, zeigt die Art und Weise, wie man in Westdeutschland den fünften Jahrestag der Errichtung der «Berliner Mauer» gefeiert hat. Kein Gedanke daran, daß erstens die Schaffung eines eigenen westdeutschen Staates die Errichtung eines entsprechenden ostdeutschen Teilstaates geradezu erzwungen hat, und daß zweitens die planmäßige Unterwühlung der DDR vom Westen her, besonders auch aus dem großartig gelegenen Störzentrum Westberlin, ihrer Regierung keine andere Wahl mehr ließ, als sozusagen in letzter Stunde die Grenze gegen Westen zu sperren, wollte sie nicht dem Zusammenbruch ihres Staates tatenlos zusehen. Alle Entrüstung über die «Schandmauer» und

den «Schießbefehl» ändert nichts an der Tatsache, daß die DDR die Grenze nach Westen nur öffnen könnte, wenn sie Gewähr dafür hätte, daß nicht die gleiche Lage wieder einträte, wie sie *vor* der Errichtung der Stacheldrahtverhaue bestanden hat. Solang diese Gewähr nicht geboten wird, bleibt eben die Spaltung Deutschlands notwendigerweise bestehen – und serbelt Westberlin matt und zukunftslos unrettbar dahin. Denn daß Westberlin als bloßes «Schaufenster des Westens» gedeihen kann, ohne seine Rolle als Wühlzentrum spielen zu können, das zeigt sich immer deutlicher. Der Bonner Korrespondent des Pariser «Monde» stellt (am 20. August) nach einem Besuch der «Frontstadt» nüchtern fest: «Auf die Gefahr hin, als Defaitist hingestellt oder des Zusammenspiels mit der kommunistischen Propaganda beschuldigt zu werden, muß es gesagt sein: *Westberlin stirbt.*» Der äußere Glanz der Halbstadt und die fiebrige Betriebsamkeit ihrer Bewohner täuscht über den wahren Sachverhalt kaum mehr hinweg. Statt eines jährlichen Neuzuzugs von 15 000 Menschen, wie er zum Ausgleich des natürlichen Bevölkerungsrückganges nötig wäre, hat die Einwohnerschaft Westberlins im letzten Jahr um 3000 Seelen abgenommen. Die Industrie kann sich mit westdeutscher Hilfe mühsam behaupten, leidet aber unter dem schweren Mangel an Ostberliner Arbeitskräften, die vor der Grenzsperr in Westberlin so schön verdienten. Das kulturelle Leben im Westteil der Stadt scheint noch mehr hinter demjenigen im Osten zurückzubleiben, als das schon bis 1961 der Fall war. Daß auch die politische Stimmung der vielgerühmten Westberliner unter diesen Umständen nicht sehr rosig sein kann, liegt auf der Hand. Mit *einem* Wort (so schließt der französische Beobachter): «Wenn Westberlin nicht erreicht, daß die Mauer fällt, wird es daran sterben.»

Um so eher hätte die Regierung der DDR allen Grund, das Leben in Ostdeutschland nicht nur wirtschaftlich, sondern noch mehr geistig erträglich, ja anziehend zu machen. Aber daran fehlt es eben nach wie vor bedenklich. Die Entwicklung zu einem *freiheitlichen* Sozialismus läßt schmerzlich auf sich warten; und doch wäre sie längst ohne wirkliche Gefährdung des Bestandes der neuen Ordnung möglich, wenn nur in der Führungsschicht der ernste Wille dazu und der Glaube an die sieghafte *innere* Kraft des Sozialismus bestünde, der auf die Länge keiner widerstrebenden Bevölkerung aufgezwungen werden kann. Hier liegt eine wohl entscheidende Aufgabe für die Träger der DDR, über die ein anderes Mal einläßlicher zu reden sein wird, die zu verkennen aber verhängnisvoll wäre. Mittlerweile wollen wir froh sein, daß eine DDR überhaupt besteht, daß sie unter den nun einmal gegebenen Verhältnissen ihre sozialistische Grundlage festigt und namentlich ein Bollwerk gegen den westdeutschen «Drang nach Osten» bildet, das durch keine Politik imperialistischer «Stärke» zu erschüttern ist. Wenn man in Westdeutschland das endlich zur Kenntnis nehmen wollte, wäre für die Sache des Friedens in Europa ungeheuer viel gewonnen.

2. September

Hugo Kramer